

# SPÄTE AUFARBEITUNG



Friedrich Schmidt, Mitarbeiter des Gesundheitsamtes, bei einem Vortrag aus Anlass der Verlegung eines „Stolpersteins“ für ein Sterilisationsopfer, neben ihm Amtsleiterin Dr. Anjali Scholten, 2022  
*Hagener Geschichtsverein e.V.*

Die Gesellschaft der Nachkriegszeit war von personeller und ideologischer Kontinuität geprägt. Soweit bekannt, wurde kein Mitarbeiter des Hagener Gesundheitsamtes, der zur NS-Zeit ein Amt bekleidet hatte, strafverfolgt oder entlassen. Lediglich in Hohenlimburg kam es zur Strafversetzung des vormaligen Amtsarztes Dr. Noeldechen.

Die Mitverantwortung für die NS-Verbrechen wurde von den Behörden jahrzehntelang verdrängt. Eugenische Ideen blieben im Gesundheitswesen weiterhin populär. Eheverbote wurden in Westfalen noch bis 1947 ausgesprochen. Statt von „Rassenpflege“ war nun die Rede von „Eheberatung“. Das „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ aus dem Jahr 1934 wurde erst 2006 offiziell aufgehoben.

Die NS-Akten mit ihren pseudowissenschaftlichen Diagnosen und menschenverachtenden Formulierungen wurden von Sachbearbeiter:innen des Gesundheitsamtes und der sozialen Dienste der Stadt Hagen teilweise noch bis in die 1980er Jahre hinein konsultiert. Die Akten konnten bei schwerwiegenden Entscheidungen wie Eheverbot, Entziehung des Sorgerechtes oder Genehmigung von sozialen Leistungen ausschlaggebend sein.

Erst Ende der 1970er Jahre, parallel zu Reformen in der Psychiatrie, setzte eine Auseinandersetzung mit der NS-Eugenik ein. Auch die Rolle des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der kommunalen Wohlfahrtsämter bei der Durchführung der NS-Rassenpolitik wurde seitdem in vielen Städten beleuchtet. In Hagen fand eine systematische Untersuchung nicht statt, obwohl die Quellenlage hier besonders gut ist. Zwar fiel das Gebäude des Gesundheitsamtes dem Bombenkrieg zum Opfer, die Dokumente waren jedoch zuvor ausgelagert worden. Sie sollten es nach dem erwarteten „Endsieg“ ermöglichen, die vollständige Erfassung der Hagener fortzuführen, um alles vermeintlich „Minderwertige“ endgültig zu eliminieren.

Der Hagener Geschichtsverein veröffentlichte 2019 die erste Studie zur NS-Eugenik. 2021 regten Mitarbeiter:innen des Hagener Gesundheitsamtes eine Aufarbeitung der eigenen Geschichte an. Damit soll zugleich eine kritische Diskussion über den heutigen Umgang mit Menschen mit Behinderung angestoßen werden.